

## Inhalt

■ Ausschreibungen.....	4
EU4 HEALTH Programm – fünf neue Aufrufe .....	4
ESF+ - EURES – gezielte Mobilitätsmaßnahmen .....	6
ESF+ - Bekämpfung nicht angemeldeter Arbeit .....	6
Europäisches Solidaritätskorps – Freiwilligenteams in prioritären Gebieten (Gesundheit).....	7
■ Öffentliche Konsultationen .....	9
Barrierefreie Web- und digitale Inhalte für Menschen mit Behinderungen.....	9
■ EU-Politik.....	10
Leitlinien für humanitäre Hilfe.....	10
REACT-EU (EFRE): 30 Mio. Euro für Brandenburg ...	10
EU-Kommission unterstützt Litauen bei Migrationssteuerung .....	11
Kampf gegen den Krebs.....	11
REACT-EU (ESF): 20 Mio. Euro für Brandenburg .....	12
Impfkampagne in der Region der Östlichen Partnerschaft.....	12
Hochwertige und inklusive Primar- und Sekundarschulbildung .....	13
REACT-EU: 195 Mio. Euro für Bayern, Bremen und Rheinland-Pfalz.....	13
Coronavirus: neuer Vertrag mit Novavax.....	14



Visaliberalisierung: westliche Balkanländer / Länder der Östlichen Partnerschaft .....	14
Kommission unterstützt europäische Medienprojekte .....	15
Neue Regeln für verbessertes Visa- Informationssystem.....	15
Globaler Bildungsgipfel: 1,7 Mrd. Euro für die Globale Partnerschaft für Bildung.....	16
Verhaltenskodex für Online-Plattformen.....	16
Medikamente gegen COVID-19: Sotrovimab.....	17
COVID-19: Interaktive Karte der Impfstoffproduktionskapazitäten.....	17
Einsamkeit hat sich in der EU während der Pandemie verdoppelt.....	18
EU-Kohäsionsfonds 2021-2027: Neue interaktive Website.....	18
Coronavirus: 120 Mio. Euro für elf neue Forschungsprojekte .....	19
REACT-EU: 170 Mio. Euro für Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern .....	19
Bericht zur Rechtsstaatlichkeit in der EU 2021 .....	19
Kampf gegen Finanzkriminalität.....	20
REACT-EU: 48,5 Mio. Euro für Bremen .....	20
Visakodex: Visamaßnahmen in Bezug auf Bangladesch, Irak und Gambia.....	21
■ Veranstaltungen.....	22
Antragswerkstatt ERASMUS+: Kleinere Partnerschaften in der Erwachsenenbildung .....	22
ERASMUS+: Infoveranstaltung zur zweiten Antragsrunde der Kurzzeitprojekte in der Berufsbildung .....	22

## Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

### Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,

Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail [h.braem@sozialbank.de](mailto:h.braem@sozialbank.de), Internet [www.sozialbank.de](http://www.sozialbank.de)

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: [europa@paritaet.org](mailto:europa@paritaet.org).

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe August 2021 ist der 15.08.2021.

## ■ Ausschreibungen

### EU4 HEALTH Programm – fünf neue Aufrufe

Die Europäische Kommission schreibt im Rahmen des EU4 HEALTH Programms (EU4H) fünf neue Aufrufe aus dem Arbeitsprogramm 2021 aus. Die Einreichfrist für *alle* Aufrufe endet am **15.09.2021**.

*Aufruf 1: Aktualisierung des europäischen Krebsinformationssystems (EU4H-2021-PJ-01)*

Das vom gemeinsamen Forschungszentrum verwaltete europäische Krebs-Informationssystem (ECIS) liefert die neuesten Informationen zu Indikatoren, die Krebsbelastungen in ganz Europa quantifizieren. Es erlaubt die Erkundung geografischer Muster und zeitlicher Trends von Inzidenz, Mortalität und Überlebensdaten in ganz Europa für die wichtigsten Krebsentitäten.

Der Aufruf unterstützt die Verknüpfung von Daten, die von den Krebs-Screening-Programmen in ECIS bereitgestellt werden, um die permanente Überwachung der Screening-Programme einschließlich der Leistungsindikatoren zu ermöglichen.

Insgesamt stehen 2 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

*Aufruf 2: Fachbereichsübergreifendes Krebs-Schulungsprogramm (EU4H-2021-PJ-02)*

Ziel dieser Aktion ist es, die Kompetenzen von Gesundheits-Fachkräften zu aktualisieren und die Entwicklung einer hochwertigen Belegschaft zu fördern.

Diese Aktion wird ein fachbereichsübergreifendes Krebs-Schulungsprogramm entwickeln, das sich auf klinische Onkologie, Chirurgie- und Radiologie-Spezialitäten fokussiert, einschließlich der Pflegedienste. Des Weiteren steht die Qualität des Lebens und des Wohlbefindens der Patient\*innen, einschließlich der geistigen, psychosozialen und ernährungspolitischen Unterstützung, im Mittelpunkt.

Es stehen 5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

### *Aufruf 3: Strahlungstechnologie bei der Diagnose und Behandlung von Krebs (EU4H-2021-PJ-03)*

Ziel der Aktion ist es, die Qualität und Sicherheit zu verbessern und die Strahlungstechnologie in der Medizin zu optimieren.

Die große Mehrheit der aktuellen Strahlungstechnologien, die in der Diagnose und -behandlung verwendet werden, und die Qualität und Sicherheit dieser medizinischen Anwendungen müssen in der gesamten Union harmonisiert werden. Darüber hinaus ist die Lieferung von Radioisotopen, die zur Krebsdiagnose und -behandlung verwendet werden, noch nicht regelmäßig und unterliegt Unterbrechungen.

Es stehen 3,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

### *Aufruf 4: EU-Netzwerk junger Krebs Überlebender (EU4H-2021-PJ-04)*

Die Aktion wird die Lebensqualität von Kindern und jungen Erwachsenen, die eine Krebserkrankung überlebt haben, verbessern - durch verbessertes soziales Networking, die Verwendung einer Plattform und die Vernetzung von Einzelpersonen, Patient\*innen, Krebs-Überlebenden sowie Sozial- und Gesundheitsberufen, die in der Krebsprävention tätig sind.

Die Aktion den Ehrgeiz, ein neues "EU-Netzwerk von Jugendkrebs-Überlebenden" durch den Verbund der genannten Institutionen/Beteiligten zu etablieren. Es soll eine unionsweite Plattform geschaffen werden, um die Förderung gezielter Maßnahmen und Initiativen zu unterstützen.

Es stehen 5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

### *Aufruf 5: Substanzen menschlicher Herkunft (SOHO) (EU4H-2021-PJ-05)*

Die COVID-19-Pandemie hat die Widerstandsfähigkeit von Blut- und Transplantationssystemen erheblich getestet und Angebot, Verfügbarkeit, Verwendung und Zugang zu diesen Therapien stark reduziert.

Die Aktion zielt darauf ab, den medizinischen/professionellen Organisationen und den Behörden der Mitgliedstaaten in den SOHO-Teilektoren zu ermöglichen, gute Praktiken für Fachleute und Behörden zu entwickeln und auszutauschen, um die Lieferung zu optimieren und den Zugang zu Qualität und sicherer Anwendung kritischer Therapien auf der Grundlage von Substanzen menschlicher Herkunft zu erhöhen.

Es stehen 3,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## **ESF+ - EURES – gezielte Mobilitätsmaßnahmen**

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des ESF+ - EURES-Programms einen Aufruf für gezielte Mobilitätsmaßnahmen veröffentlicht (EURES TARGETED MOBILITY SCHEME – TMS). Die Einreichfrist endet am **28.09.2021**.

Nach dem Schlüsselprinzip "Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt" der europäischen Säule der Sozialrechte zielt die Aktion darauf ab, Arbeitssuchende in den förderfähigen EU- und EWR-Ländern zu erreichen.

Die Aktion zielt auf die Besetzung von schwer zu besetzenden Stellenangeboten ab, wie in den nationalen/EU-Arbeitsmarktstudien oder anderen Datenquellen identifiziert. Der Aufruf zielt auf mindestens 4000 Vermittlungen/Einstellungen ab, insbesondere von jungen Menschen. Die Aktivitäten werden die Bereitstellung von Direktdiensten an Arbeitssuchende und Arbeitgeber abdecken.

Für das Jahr 2021 stehen ca. 11,7 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## **ESF+ - Bekämpfung nicht angemeldeter Arbeit**

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des ESF+-Programms einen Aufruf zum Thema „Bekämpfung nicht angemeldeter Arbeit“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **28.09.2021**.

Das Hauptziel dieses Aufrufs ist es, die im Arbeitsprogramm 2021-2022 angegebenen Tätigkeiten der Europäischen Plattform zur Bekämpfung nicht angemeldeter Arbeit zu ergänzen. Das Arbeitsprogramm von 2021-2022 zielt u. a. darauf ab, das Verständnis von (neuen) Arten von nicht angemeldeter Arbeit und Sektoren zu vertiefen und Partnerschaften, Innovation und Kapazitäten-Entwicklung zu unterstützen.

Antragsteller müssen u. a.

- in eine der folgenden Kategorien fallen:
  1. Öffentliche Vollstreckungsbehörden wie Arbeitsaufsichtsbehörden, Inspektoren der Sozialversicherung, Steuerbehörden, Zollbehörden, Migrationskörpern, Ministerien, die für die Bekämpfung von uneingeschränkten Arbeiten, der Polizei und der Staatsanwaltschaft oder
  2. Sozialpartner verantwortlich sind.  
Sozialpartner, die vom Gesetz oder in der institutionellen Vereinbarung zur Durchführung von Vollstreckungsaufgaben berechtigt sind, können Antragsteller sein. Andere Sozialpartner können Mitbewerber sein;
- Non-Profit-Organisationen (privat oder öffentlich) sein;
- Einzel- oder Hauptantragsteller, die von den Mitgliedstaaten/EWR-Ländern nicht offiziell ernannt wurden, müssen ein offizielles Einladungsschreiben vom jeweiligen Vertreter auf der Plattform vorlegen.

Insgesamt stehen 1,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## **Europäisches Solidaritätskorps - Freiwilligenteams in prioritären Gebieten (Gesundheit)**

Die Europäische Kommission ruft alle Interessierten dazu auf, Projektideen für das Europäische Solidaritätskorps für Maßnahmen im Rahmen der Freiwilligenteams in prioritären Gebieten einzureichen. Die Einreichfrist endet am **05.10.2021**.

Freiwilligenarbeitsteams in prioritären Gebieten sind großformatige, wirkungsvolle Projekte, die freiwillige Tätigkeiten unterstützen, die von Jugendlichen aus mindestens zwei verschiedenen Ländern durchgeführt werden, die zusammenkommen, um ihre Solidarität durch die Umsetzung kurzfristiger Interventionen auszudrücken, die in den jährlich definierten EU-Politikbereichen festgelegt werden.

■ August 2021

- Die diesjährige Priorität konzentriert sich auf die Auswirkungen und Erholung von COVID-19, insbesondere durch die Unterstützung der Gesundheits- und Sozialsysteme mit Aktivitäten, die Prävention, Förderung und Unterstützung im Gesundheitswesen angehen;
- Befassung mit wesentlichen Gesundheitsherausforderungen (z. B. lebensbedrohliche Krankheiten wie Krebs) und Förderung von Gesundheit, gesunder Lebensstil, körperlicher Aktivität und Wohlbefinden insgesamt.

Für die Teilnahme ist u. a. ein gültiges Qualitätslabel oder eine Akkreditierung notwendig.

Insgesamt stehen 8 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



## ■ Öffentliche Konsultationen

### Barrierefreie Web- und digitale Inhalte für Menschen mit Behinderungen

Bis zum **25.10.2021** können Rückmeldungen für die öffentliche Konsultation zum Thema „Barrierefreie Web- und digitale Inhalte für Menschen mit Behinderungen - Überprüfung der EU-Vorschriften“ eingereicht werden.

Mit der Konsultation sollen Daten und Ansichten der Interessenträger eingeholt werden, um die Bewertung der Richtlinie über Barrierefreiheit im Internet und ihrer Durchführungsbestimmungen zu unterstützen. Die Konsultation wird helfen zu beurteilen, inwieweit die Richtlinie und ihre Durchführungsrechtsakte

- den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu öffentlichen Dienstleistungen und Informationen erleichtert und die soziale und digitale Inklusion verbessert haben,
- angesichts der einschlägigen Rechtsvorschriften und der technologischen Veränderungen weiterhin relevant und zweckmäßig sind und
- den Markt für barrierefreien Zugang zum Internet harmonisiert haben.

Die Ergebnisse der Konsultation werden auch in mögliche künftige Politikinitiativen im Zusammenhang mit dem barrierefreien Zugang zum Internet einfließen.

Ziel der Konsultation ist die Einholung der Ansichten aller Interessenträger. Dazu gehören: nationale, regionale und lokale Behörden, unabhängige Stellen, die sich mit Barrierefreiheit befassen, nichtstaatliche Organisationen und Organisationen, die Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen vertreten, Wirtschaftsakteure und Technologieanbieter, akademische Einrichtungen und Zertifizierungsstellen, Expert\*innen für Barrierefreiheit sowie die Bürger\*innen, insbesondere Menschen mit Behinderungen oder funktionellen Einschränkungen, und ältere Menschen.

Weitere Informationen: [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12537-Accessible-web-&-digital-content-for-people-with-disabilities-review-of-EU-rules/public-consultation\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12537-Accessible-web-&-digital-content-for-people-with-disabilities-review-of-EU-rules/public-consultation_de)

## ■ EU-Politik

### Leitlinien für humanitäre Hilfe

Die Europäische Kommission hat am 13.08.2021 einen aktualisierten Leitfaden für die Bereitstellung von humanitärer Hilfe während der COVID-19-Pandemie veröffentlicht. Die Ergänzungen betreffen Länder und Gebiete auf der ganzen Welt, die restriktiven Maßnahmen (Sanktionen) der EU unterliegen. Dadurch sollen die Aktivitäten der humanitären Akteure in diesen Gebieten sowie die Weiterleitung von Ausrüstung und Hilfe zur Bewältigung der Pandemie erleichtert werden.

Ein neues Kapitel über Sanktionen zur Terrorismusbekämpfung enthält praktische Hinweise zur Einhaltung der EU-Sanktionen bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, insbesondere medizinischer Hilfe.

Die EU hat derzeit etwa 40 verschiedene Sanktionsregelungen eingeführt.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210813-leitlinien-humanitaere-hilfe-in-der-pandemie\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210813-leitlinien-humanitaere-hilfe-in-der-pandemie_de)

### REACT-EU (EFRE): 30 Mio. Euro für Brandenburg

Mit insgesamt 2,7 Mrd. Euro hilft die EU Bulgarien, Italien, Ungarn, Spanien und Deutschland bei der Abfederung der Folgen der COVID-19-Pandemie.

In Deutschland erhält Brandenburg über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zusätzliche 30 Mio. Euro, um den Tourismussektor und kleine und mittlere Unternehmen, die besonders von der Corona-Pandemie getroffen sind, zu unterstützen. Gefördert werden sollen außerdem Digitalisierungsmaßnahmen in kulturellen Einrichtungen und Handwerkskammern.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210812-brandenburg-aufbaufonds-react-eu\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210812-brandenburg-aufbaufonds-react-eu_de)

## EU-Kommission unterstützt Litauen bei Migrationssteuerung

Die Europäische Kommission hat am 10.08.2021 für Litauen 36,7 Mio. Euro Soforthilfe aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds bewilligt. Damit sollen die Aufnahmekapazitäten des Landes verbessert werden, nachdem außergewöhnlich viele Menschen die Grenze zwischen Litauen und Belarus irregulär überschritten haben.

Die Unterstützung von Aufnahmeeinrichtungen und -diensten umfasst Erste Hilfe, medizinische Versorgung, COVID-19-Isoliereinrichtungen und Impfstoffe, Unterkünfte, Nahrungsmittel, Kleidung und Hygienekits. Zudem werden mit der Soforthilfe die Einsatzteams verstärkt, die potenzielle Opfer von Menschenhandel aufspüren und Personen unterstützen sollen, die internationalen Schutz benötigen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210811-kommission-unterstuetzt-litauen\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210811-kommission-unterstuetzt-litauen_de)

## Kampf gegen den Krebs

Die Europäische Kommission hat neue Höchstwerte für Cadmium und Blei in einer Vielzahl von Lebensmitteln festgelegt und am 11.08.2021 veröffentlicht. Sie hatte bei der Vorstellung von [Europas Plan gegen den Krebs](#) im Februar angekündigt, auf der Grundlage aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse Grenzwerte für weitere Schadstoffe festzusetzen.

Für Blei gelten die neuen Grenzwerte ab dem 30.08.2021, für Cadmium ab dem 31.08.2021. Die neuen Höchstgehalte für Cadmium, das in Lebensmitteln wie Obst, Gemüse, Getreide und Ölsaaten enthalten sein kann, legt [die neue Verordnung \(EU\) 2021/1323](#) fest. [Verordnung \(EU\) 2021/1317](#) verschärft die Höchstwerte für Blei in vielen Lebensmitteln, darunter in solchen für Säuglinge und Kleinkinder, sowie für Waldpilze, Gewürze und Salz.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210811-kommission-verschaerft-grenzwerte-fuer-cadmium-und-blei\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210811-kommission-verschaerft-grenzwerte-fuer-cadmium-und-blei_de)

## **REACT-EU (ESF): 20 Mio. Euro für Brandenburg**

Die Europäische Kommission wird über den Europäischen Sozialfonds (ESF) helfen, die Folgen der COVID-19-Pandemie in Brandenburg mit zusätzlichen 20,1 Mio. Euro abzufedern. Konkret werden die Mittel eingesetzt, um Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen von Auszubildenden und Arbeitnehmern zu fördern.

Brandenburg wird mit den zusätzlichen Mitteln die überbetriebliche Lehrlingsausbildung, die Kompetenzentwicklung und Projekte zur betrieblichen Qualifizierung fördern. Damit können Unternehmen ihren Arbeitnehmern spezifische Qualifizierungsmaßnahmen anbieten und so ihre beruflichen Perspektiven verbessern.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210810-aufbaufond-react-eu-brandenburg\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210810-aufbaufond-react-eu-brandenburg_de)

## **Impfkampagne in der Region der Östlichen Partnerschaft**

Im Rahmen der EU-Unterstützung für die Impfkampagnen in den Partnerländern hat die Kommission am 10.08.2021 ihr Hilfspaket von 40 Mio. Euro auf 75 Mio. Euro aufgestockt, um sichere und wirksame COVID-19-Impfstoffe bereitzustellen und die Impfkampagnen in folgenden sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft zu beschleunigen; Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Republik Moldau und Ukraine.

Mit diesem neuen Hilfspaket in Höhe von 35 Mio. Euro will die EU angesichts der weltweiten Impfstoffknappheit den Zugang zu Impfstoffen in der Region der Östlichen Partnerschaft erheblich verbessern, die gemeinsame Nutzung des Impfstoffbestands durch die EU-Mitgliedstaaten erleichtern und die Kosten erstatten. Diese Hilfe ergänzt die Unterstützung der EU für die COVAX-Initiative, eine weltweite Fazilität zur Gewährleistung eines fairen und universellen Zugangs zu COVID-19-Impfstoffen und die Bemühungen um eine gerechte und transparente Verteilung von Impfstoffen auf die östlichen Partnerländer.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_4069](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4069)

## Hochwertige und inklusive Primar- und Sekundarschulbildung

Die Kommission hat am 05.08.2021 einen Vorschlag für eine [Empfehlung des Rates zum Blended Learning](#) für eine hochwertige und inklusive Primar- und Sekundarschulbildung veröffentlicht.

Beim „Blended Learning“ (auch „integriertes Lernen“ genannt) in der formalen allgemeinen und beruflichen Bildung nutzen Schulen, Lehrkräfte und Schüler\*innen mehrere Ansätze für den Lernprozess. So kann beispielsweise der Präsenzunterricht in den Schulen mit Lernen in anderen physischen Umgebungen (Unternehmen, Bildungszentren, Fernunterricht, im Freien, an kulturellen Stätten usw.) kombiniert werden, oder es kommen verschiedene digitale und analoge Lerninstrumente zum Einsatz. Die Kommission schlägt kurzfristige Maßnahmen vor, um die dringendsten Probleme zu bewältigen, die sich durch die COVID-19-Pandemie noch verschärft haben, und zeigt zugleich den Weg für die Verschmelzung von Lernumgebungen und -werkzeugen in der Primar- und Sekundarschulbildung auf, um zum Aufbau resilienterer Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung beizutragen.

Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten auf, den heute vorgelegten Vorschlag für eine Empfehlung des Rates rasch anzunehmen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_3908](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3908)

## REACT-EU: 195 Mio. Euro für Bayern, Bremen und Rheinland-Pfalz

Über den Aufbaufonds REACT-EU erhält Bayern zusätzliche 141 Mio. Euro, die für Forschungsvorhaben im Bereich Digitales, Gesundheit, Klima und Umwelt verwendet werden.

Für Rheinland-Pfalz stehen über REACT-EU 35 Mio. Euro bereit. Sie werden für die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), zur Förderung des barrierefreien Tourismus und für Energieeffizienzmaßnahmen eingesetzt. Bremen erhält 19 Mio. Euro zusätzlich, die für Investitionen in Forschung und Entwicklung, Digitalisierung von KMU und die Anschaffung von E-Bussen für den Nahverkehrssektor verwendet werden.

Weitere 223 Mio. Euro stehen Deutschland aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung, um die Digitalisierung von Unternehmen zu fördern, ihr Betriebskapital zu verbessern und ihre Erholung von der Coronavirus-Pandemie zu unterstützen. Eine entsprechende Änderung der jeweiligen Operationellen Programme hat die EU-Kommission am 05.08.2021 genehmigt.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210805-hilfen-react-eu\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210805-hilfen-react-eu_de)

## **Coronavirus: neuer Vertrag mit Novavax**

Die Europäische Kommission hat am 04.08.2021 den Abschluss ihrer siebten vertraglichen Abnahmegarantie mit einem Pharmaunternehmen genehmigt, um den Zugang zu einem potenziellen COVID-19-Impfstoff im vierten Quartal 2021 und im Jahr 2022 zu gewährleisten.

Im Rahmen dieses Vertrags können die Mitgliedstaaten bis zu 100 Mio. Dosen des Novavax-Impfstoffs ankaufen, wobei in den Jahren 2021, 2022 und 2023 eine Option für 100 Mio. weitere Dosen besteht, sobald die EMA den Impfstoff überprüft und für sicher und wirksam befunden hat. Die Mitgliedstaaten werden Impfstoffe auch Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen spenden oder anderen europäischen Ländern zukommen lassen können.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_4061](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4061)

## **Visaliberalisierung: westliche Balkanländer / Länder der Östlichen Partnerschaft**

Die Kommission legte am 04.08.2021 ihren vierten Bericht zur Überwachung der Erfüllung der EU-Regelung zur Visumfreiheit durch Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien sowie Georgien, Moldau und die Ukraine vor. Der Bericht konzentriert sich auf die Maßnahmen, die 2020 ergriffen wurden, um den Empfehlungen des dritten Berichts im Rahmen des Visa-Aussetzungsmechanismus nachzukommen. Für Länder, die seit weniger als sieben Jahren von der Visumpflicht befreit sind (Georgien, Moldau und die Ukraine), enthält der Bericht auch eine ausführlichere Bewertung anderer Maßnahmen, die zur kontinuierlichen Erfüllung der Vorgaben ergriffen wurden.



Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass alle betreffenden Länder nach wie vor die Anforderungen für die Visaliberalisierung erfüllen und Fortschritte bei der Umsetzung der letztjährigen Empfehlungen erzielt haben. Gleichzeitig werden Bereiche aufgezeigt, in denen von jedem Land weitere Anstrengungen erforderlich sind. In dem Bericht wird auch festgestellt, dass die Visafreiheit den EU-Mitgliedstaaten und den Partnerländern weiterhin positive wirtschaftliche, soziale und kulturelle Vorteile bringt.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_3965](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3965)

## **Kommission unterstützt europäische Medienprojekte**

Die EU-Kommission stellt 12 Mio. Euro für europäische Medienprojekte zur Verfügung. Sie hat dazu am 02.08.2021 vier Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht.

Eine Aufforderung dient der Unterstützung mehrsprachiger Medieninhalte zu EU-Angelegenheiten über digitale Plattformen. Eine weitere Aufforderung zielt darauf ab, die Produktion von Inhalten in diesem Bereich über ein Netzwerk von Radiosendern zu erhöhen. Darüber hinaus werden im Rahmen eines Pilotprojekts Jugendmediennetzwerke unterstützt, die mit Hilfe von Social-Media-Formaten und -Veranstaltungen Inhalte zu aktuellen Themen produzieren.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210802-europaeische-medienprojekte\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210802-europaeische-medienprojekte_de)

## **Neue Regeln für verbessertes Visa-Informationssystem**

Am 02.08.2021 traten die neuen Regeln zur Modernisierung des Visa-Informationssystems (VIS) in Kraft. Sie ermöglichen gründlichere Prüfungen des Hintergrunds von Personen, die ein Visum oder einen Aufenthaltstitel beantragen, sowie einen besseren Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über die Inhaber solcher Dokumente. Zudem sollen sie für uneingeschränkte Interoperabilität zwischen dem VIS und den anderen EU-weiten Datenbanken sorgen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210802-neue-regeln-visa-informationssystem\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210802-neue-regeln-visa-informationssystem_de)

## Globaler Bildungsgipfel: 1,7 Mrd. Euro für die Globale Partnerschaft für Bildung

Auf dem Globalen Bildungsgipfel am 29.07.2021 in London kündigten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten als Team Europe an, für die Globale Bildungspartnerschaft 1,7 Mrd. Euro bereitzustellen, um die Umgestaltung der Bildungssysteme für mehr als eine Mrd. Mädchen und Jungen in bis zu 90 Ländern und Gebieten zu unterstützen. Sie leisten damit den größten Beitrag zu dieser Partnerschaft. Die EU hatte bereits im Juni die Bereitstellung von 700 Mio. Euro im Zeitraum 2021-2027 angekündigt.

Die EU-Unterstützung für Bildung konzentriert sich auf die Gewährleistung von hochwertiger Bildung, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit sowie auf die Abstimmung von Qualifikationen und Arbeitsplatzangebot.

Das Konzept „Team Europa“ der EU und ihrer Mitgliedstaaten ermöglicht Größenvorteile, Koordinierung und Fokussierung, die dazu beitragen, insgesamt die Wirkung bei der Bereitstellung von Bildungsmöglichkeiten für jedes Kind zu maximieren.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_3906](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3906)

## Verhaltenskodex für Online-Plattformen

Die EU-Kommission hat am 29.07.2021 weitere Online-Plattformen dazu aufgefordert, sich dem Verhaltenskodex zur Desinformation anzuschließen. Außerdem veröffentlichte die Kommission Berichte, die zeigen wie Facebook, Twitter, TikTok, Microsoft und Google im Juni gegen falsche und irreführende Informationen im Zusammenhang mit COVID-19 vorgegangen sind.

Das Desinformationsüberwachungsprogramm COVID-19 der Kommission wurde bis Ende 2021 verlängert und die Berichte werden nun alle zwei Monate veröffentlicht. Die nächste Reihe von Berichten wird im September veröffentlicht werden.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210729-verhaltenskodex-desinformation\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210729-verhaltenskodex-desinformation_de)



## Medikamente gegen COVID-19: Sotrovimab

Die Europäische Kommission hat am 28.07.2021 einen Rahmenvertrag mit dem Unternehmen GlaxoSmithKline für die Beschaffung des monoklonalen Antikörpers Sotrovimab unterzeichnet. Das Medikament wurde in Zusammenarbeit mit VIR Biotechnology entwickelt und durchläuft derzeit eine fortlaufende Prüfung bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur.

16 EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, beteiligen sich an der Ausschreibung für den Kauf von bis zu 220.000 Behandlungen. Sotrovimab kann zur Behandlung von Coronavirus-Patient\*innen mit leichten Symptomen eingesetzt werden, die keinen zusätzlichen Sauerstoff benötigen, aber ein hohes Risiko für eine schwere COVID-19-Erkrankung haben.

Laufende Studien deuten darauf hin, dass eine frühzeitige Behandlung die Zahl der Patient\*innen verringern kann, die zu schwereren Formen fortschreiten und einen Krankenhausaufenthalt oder eine Einweisung auf die Intensivstation benötigen.

Weitere Informationen: [https://ec.europa.eu/germany/news/20210728-medikamente-covid-19\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210728-medikamente-covid-19_de)

## COVID-19: Interaktive Karte der Impfstoffproduktionskapazitäten

Die EU-Kommission hat am 27.07.2021 eine interaktive Karte veröffentlicht, die die Produktionskapazitäten für COVID-19-Impfstoffe in der EU entlang der gesamten Lieferkette darstellt. Mit mehr als einer Milliarde produzierter Impfstoffdosen habe Europas Industrie dazu beigetragen, dass Europa der Kontinent mit den meisten Impfungen und der weltweit führende Exporteur von COVID-19-Impfstoffen geworden ist.

Das Tool basiert auf Daten, die durch die Arbeit der Task Force für den industriellen Ausbau der COVID-19-Impfstoffproduktion gewonnen wurden.

Weitere Informationen: [https://ec.europa.eu/germany/news/20210727interaktive-karte-der-impfstoffproduktionskapazitaeten-der-eu\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210727interaktive-karte-der-impfstoffproduktionskapazitaeten-der-eu_de)

## **Einsamkeit hat sich in der EU während der Pandemie verdoppelt**

Ein Viertel der Menschen in Europa hat sich in den ersten Monaten der Coronavirus-Pandemie einsam gefühlt. Dies geht aus einem am 26.07.2021 veröffentlichten [Bericht](#) der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) der EU-Kommission hervor. Der Bericht enthält die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse über Einsamkeit und soziale Isolation in der EU und analysiert eine [Umfrage](#) der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound).

Demnach hat sich das Gefühl der Einsamkeit in den ersten Monaten der Pandemie in allen Altersgruppen europaweit verdoppelt. Bei den 18- bis 35-Jährigen stieg die Einsamkeit im Vergleich zu 2016 um das Vierfache an.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210726-die-einsamkeit-hat-sich-der-eu-waehrend-der-pandemie-verdoppelt\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210726-die-einsamkeit-hat-sich-der-eu-waehrend-der-pandemie-verdoppelt_de)

## **EU-Kohäsionsfonds 2021-2027: Neue interaktive Website**

Nachdem die Regeln zur EU-Förderung in der neuen Finanzperiode am 01.07.2021 in Kraft getreten sind, hat die Europäische Kommission am 23.07.2021 eine [neue Website dazu](#) gestartet. Sie umfasst eine detaillierte Aufschlüsselung der insgesamt 392 Mrd. Euro an EU-Mitteln für die Kohäsionspolitik zwischen 2021 und 2027.

Das Portal bietet die anfänglichen Mittelzuweisungen (in laufenden Preisen) nach Land, Kategorie der Region und nach Fonds in einem [interaktiven Format](#). Die Mitgliedsstaaten bereiten derzeit ihre nationalen Partnerschaftsvereinbarungen und detaillierte Ausgabenprogramme vor.

Die abgedeckten EU-Fonds sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (einschließlich Interreg), der Europäische Sozialfonds+, der Kohäsionsfonds und der Just Transition Fund. Die anfänglichen nationalen Beträge können sich aufgrund der erheblichen Flexibilität, die die Mitgliedsstaaten bei der Übertragung zwischen Fonds und anderen Haushaltsinstrumenten haben, ändern.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210723-eu-kohaesionsfonds\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210723-eu-kohaesionsfonds_de)

## **Coronavirus: 120 Mio. Euro für elf neue Forschungsprojekte**

Die Kommission hat im Rahmen von „Horizont Europa“, dem bislang umfangreichsten europäischen Forschungs- und Innovationsprogramm (2021-2027), elf Projekte mit einem Finanzierungswert von 120 Mio. Euro ausgewählt, um dringende Forschungsarbeiten zum Coronavirus und seinen Varianten zu unterstützen und zu ermöglichen.

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen einer Reihe von Forschungs- und Innovationsmaßnahmen, die zur Bekämpfung des Coronavirus ergriffen werden und trägt zu den allgemeinen Maßnahmen der Kommission bei, mit denen im Einklang mit dem neuen europäischen Plan zur Vorsorge gegen biologische Gefahren (HERA Incubator) auf das Virus und seine Varianten reagiert und ihre Ausbreitung verhindert bzw. abgeschwächt werden soll.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_3803](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3803)

## **REACT-EU: 170 Mio. Euro für Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern**

Über den Aufbaufonds REACT-EU erhält Sachsen zusätzliche 115 Mio. Euro, die für Impfzentren, die Unterstützung von Tests sowie für Investitionen in die IT-Infrastruktur, die Digitalisierung und die medizinische Ausstattung von Universitätskliniken verwendet werden.

Für Mecklenburg-Vorpommern stehen über REACT-EU 56,6 Mio. Euro bereit. Sie werden für die Investitionen in zwei Universitätskliniken, im Tourismussektor, zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen und zur Integration von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen in den Arbeitsmarkt verwendet.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210722-sachsen-mecklenburg-vorpommern-aufbauhilfen\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210722-sachsen-mecklenburg-vorpommern-aufbauhilfen_de)

## **Bericht zur Rechtsstaatlichkeit in der EU 2021**

Die Europäische Kommission hat am 20.07.2021 den zweiten EU-weiten Bericht über die Rechtsstaatlichkeit veröffentlicht.

Der Bericht besteht aus einer Mitteilung, in der die Gesamtlage in der EU in den Blick genommen wird, und einzelnen Länderkapiteln für die Mitgliedstaaten.

Der diesjährige Bericht befasst sich mit den neuen Entwicklungen seit dem letzten September. Dort werden die Bewertung der im vorhergehenden Bericht festgestellten Probleme vertieft und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie berücksichtigt. Insgesamt zeigt der Bericht viele positive Entwicklungen in den Mitgliedstaaten auf, auch dort, wo die im Bericht von 2020 festgestellten Herausforderungen angegangen werden. Es bestehen jedoch nach wie vor auch Bedenken, die sich in Bezug auf bestimmte Mitgliedstaaten verstärkt haben, beispielsweise was die Unabhängigkeit der Justiz und die Situation des Mediensektors anbelangt.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_3761](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3761)

## Kampf gegen Finanzkriminalität

Die Europäische Kommission hat am 20.07.2021 ein ehrgeiziges Bündel von Gesetzgebungsvorschlägen vorgelegt, mit denen die Vorschriften der EU zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gestärkt werden sollen. Dazu zählt auch ein Vorschlag zur Schaffung einer neuen EU-Behörde für die Geldwäschebekämpfung.

Diese Vorschläge sind Teil der Bemühungen der Kommission, die Bürger\*innen und das Finanzsystem der EU vor Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu schützen.

Mit den heute vorgeschlagenen Maßnahmen wird neuen, mit technologischer Innovation zusammenhängenden Risiken Rechnung getragen und damit der bestehende EU-Rahmen erheblich verbessert.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_3690](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3690)

## REACT-EU: 48,5 Mio. Euro für Bremen

Mit mehr als 580 Mio. Euro unterstützt die EU in Belgien, Kroatien und Deutschland Arbeitssuchende und Arbeitnehmer\*innen in von der Pandemie besonders betroffenen Branchen.

In Deutschland erhält Bremen über den Europäischen Sozialfonds (ESF) zusätzliche 48,5 Mio. Euro, um jungen Menschen zu helfen, eine neue Ausbildung zu beginnen oder ihre Berufsausbildung zu beenden. Hierbei wird besonders auf außerbetriebliche Ausbildungsverbände in Bremen und Bremerhaven gesetzt.

Die Zahl der Bewerber\*innen, die im Jahr 2020 noch eine Ausbildung beginnen konnten, war in der Stadt Bremen zum Juli 2020 um 26,3 % und in der Stadt Bremerhaven um 20,6 % zurückgegangen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210719-bremen-eu-aufaufonds\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210719-bremen-eu-aufaufonds_de)

## **Visakodex: Visamaßnahmen in Bezug auf Bangladesch, Irak und Gambia**

Die Kommission schlug dem Rat am 15.07.2021 den Erlass vorübergehender restriktiver Maßnahmen in Bezug auf Kurzaufenthaltsvisa für bangladeschische, irakische und gambische Antragsteller\*innen vor. Gemäß dem überarbeiteten Visakodex, der seit Februar 2020 in Kraft ist, ist die EU-Politik in Bezug auf Kurzaufenthaltsvisa an die Kooperation der Partnerländer bei der Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen, die kein Aufenthaltsrecht in der EU haben, geknüpft.

Die heute angenommenen Vorschläge zielen darauf ab, die Zusammenarbeit der drei Länder mit den Mitgliedstaaten bei der Rückübernahme zu verbessern. Eine wirksame Rückkehr und Rückübernahme sowie eine nachhaltige Reintegration sind wesentliche Elemente umfassender, ausgewogener, maßgeschneiderter und für beide Seiten vorteilhafter Migrationspartnerschaften mit Ländern außerhalb der EU.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_3681](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3681)

## ■ Veranstaltungen

### **Antragswerkstatt ERASMUS+: Kleinere Partnerschaften in der Erwachsenenbildung**

Am **30.09.2021** (10-13 Uhr) veranstaltet die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für berufliche Bildung (BIBB) ein Online-Seminar zum Thema „Kleinere Partnerschaften in der Erwachsenenbildung“. Kleinere Partnerschaften erleichtern neuen und weniger erfahrenen Organisationen sowie benachteiligten Zielgruppen den Zugang zum Programm Erasmus+. Zudem dienen sie der Unterstützung und dem Aufbau europäischer Netzwerke.

Wenn Sie bereits eine Projektidee haben, erhalten Sie in dieser Antragswerkstatt die Gelegenheit, diese zu schärfen und sich mit anderen Teilnehmenden auszutauschen.

Weitere Informationen: <https://www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/antragswerkstatt-kleinere-partnerschaften-in-der-erwachsenenbildung-wir-entwickeln-gemeinsam-ihre-projektidee-weiter>

### **ERASMUS+: Infoveranstaltung zur zweiten Antragsrunde der Kurzzeitprojekte in der Berufsbildung**

Am **27.08.2021** (10-12 Uhr) bietet die Nationale Agentur beim BIBB ein Online-Seminar zur zweiten Antragsrunde für die Kurzzeitprojekte in der Berufsbildung in der Leitaktion 1 an. Kurzzeitprojekte bieten die Chance, Erasmus+ in der Berufsbildung unkompliziert kennenzulernen. Sie richten sich eher an Einrichtungen, die neu im Programm sind oder wenig Erfahrung im Durchführen europäischer Mobilitäten besitzen.

Im Rahmen dieser Förderung können Sie bis zu 30 Lernmobilitäten in die Programmländer der EU durchführen.

Der Schwerpunkt der Veranstaltung liegt aber darin, ihre konkreten Fragen zu Kurzzeitprojekten in der Berufsbildung zu beantworten.

Weitere Informationen: <https://www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/infoveranstaltung-zur-zweiten-antragsrunde-der-kurzzeitprojekte-in-der-berufsbildung>